

## Fortgeführt. Stand und Perspektiven der Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen in der DDR

Von Prof. Dr. Friedemann Stengel, Professor für Neuere Kirchengeschichte in Halle und Geschäftsführender Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Pietismusforschung

»Bilder tauschen – Kirche in der DDR«,  
Evangelische Akademie Thüringen,  
Neudietendorf, 12. – 14. September 2019

### 1. Gedächtnispolitik versus Erinnerungskultur

Unabhängig davon, wie alt wir sind und aus welchem Teil Deutschlands wir kommen, es ist eine ganz konkrete Situation, in der wir sprechen, wenn wir über DDR reden: das Heute; Geschichte ist eine Funktion der Gegenwart! Auch unsere Erinnerungen können wir ohne den Bezug auf das Jetzt nicht ausdrücken. Geschichte tritt uns nicht als solche entgegen, sie ist Gegenstand aktueller Diskussionen und sie ist mit Ansprüchen auf ihre Deutung verbunden. Blickt man auf die große Zahl der höchst polemischen und apologetischen Texte seit den 1990er Jahren, wird deutlich, dass es von Anfang an keine Trennung zwischen der Forschung über die DDR und den über sie schreibenden Autoren gegeben hat. Sie war eng mit den neuen Interessen altbundesdeutscher und neugegründeter Parteien und der der alten Staatsparteien der DDR und den Medien verbunden, in denen diese Interessen vertreten und in denen die Auseinandersetzungen geführt worden sind. Es gibt daher auch keine »Erinnerungskultur« als einer Art esoterischem kollektivem Unbewussten, so als gäbe es einen eigenen kulturellen Raum, in dem Erinnerungen aufbewahrt, ausgetauscht oder weitergegeben werden könnten. Ich spreche stattdessen von »Gedächtnispolitik«, um die Beziehung zwischen Politik, Medien und der Konstruktion von Erinnerung klarzumachen; das Aussprechen, Verdrängen, Schweigen, Verklären, Deuten und Umdeuten geschieht nicht ohne diesen Bezug. Keine DDR ohne die Narration, ohne ihre Erzählung!

Die andere Seite hat etwas sehr Leibliches. Angesichts der Leibhaftigkeit der DDR scheint es mir kennzeichnend für die Defizite einer bestimmten Haltung in der Aufarbeitungsgeschichte zu sein, wenn schon vor 12 Jahren, 2007, festgestellt worden ist, man sei nun zur Selbstreflektivität und Historiographisierung der Forschung übergegangen.<sup>1</sup> Die DDR ist zwar erzählte und erzählbare Erinnerung. Diese Erinnerung hat jedoch nicht nur einen Beigeschmack, sie hat einen

Geschmack. Geschmack ist schon nach der Sinnestheorie der Frühen Neuzeit der materiellste, stärkste und nachhaltigste aller fünf Sinne, weil hier materielle Partikel übertragen werden. Die DDR schmeckt nach, nicht im Sinne der ostaligisch vielerorts nachproduzierten Lebensmittel von Fassbrause bis Karo, sondern als eine geschmeckte Erinnerung, die mehr ist als ein gedanklicher Ausflug. Dieser Geschmack hat seine Spuren in unsere Körper eingebrannt, als »Geschmacksnote gebremster Freiheit«.<sup>2</sup>

Aber ist das überhaupt Konsens? Sehr verschieden sind die Geschmäcker und die Deutungsansprüche, ob es sich nun um frühere politische Strafgefangene, SED-Nomenklaturkader, CDU-Funktionäre, CDU-Mitglieder, Hochschullehrer, Mitglieder oppositioneller Gruppen, kirchliche Amtsträger oder Schüler Polytechnischer Oberschulen gehandelt hat. Schon allein die Aufzählung dieser Gruppen weist daraufhin, dass es in der Erinnerungskultur zu erheblichen Differenzen kam und dass diese Differenzen zu Verwerfungen geführt haben, die bis heute anhalten und die Stellung von Kirche erheblich mitbetreffen. Da sind auf der einen Seite Leute, die meinen, eine »blaue« »Wende 2.0« ermächtigt zur Berufung auf die Freiheitsrevolution,<sup>3</sup> um nach der Diktatur der SED nun auch die als Diktatur diskreditierte Demokratie hinzuzufügen, wengleich die Sprecher dieser Forderungen meist aus dem Westen stammen. Auf der anderen Seite tauchen inzwischen Stimmen auf, die die DDR nicht als Diktatur betrachten, und, wie ich meine, lediglich noch nicht dazu übergegangen sind, die affirmative Rolle der Blockparteien zu rechtfertigen. Zugleich werden nur selten offen, sondern eher unter der Hand, ehemalige Häftlinge und zu Opfern gemachte Akteure attackiert, ihnen wird selbst die Schuld für ihre Verfolgung zugeschrieben, etwa: Sie hätten ja nur in den Westen gewollt. Detlef Pollack hat in der jüngsten, kräftigen Debatte über das Verdienst um den Herbst 1989 der späten DDR gar die Bereitschaft zur Liberalisierung bescheinigt und das Verdienst der Kirchen gerade nicht in der Revolution gesehen, sondern in der stabilen Partnerschaft gegenüber dem SED-Staat.<sup>4</sup> Man kann auch das neueste Buch über Oskar Brüsewitz betrachten, der hier erneut zum apokalyptischen Psychopathen oder psychopathischen

Apokalyptiker gemacht wird mit der offen ausgesprochenen Absicht, die DDR sei doch gar nicht so schlimm gewesen.<sup>5</sup>

Dass geschmeckt wird, sagt nichts über die Geschmacksnoten aus, und die Geschmäcker mit ihren Geschmackserinnerungen sind äußerst vielfältig. Es gibt keinen Grundkonsens über die zweite deutsche Diktatur und daher auch nicht über die zweite deutsche Demokratie.<sup>6</sup> Ein solcher Grundkonsens ist bis heute nicht entstanden und er ist womöglich auch eine Illusion. Der überwiegende Teil der ostdeutschen Bevölkerung ist bis fast zum Schluss eine sichere Gewähr für die innere Stabilität dieser Diktatur gewesen. Für kritische Menschen ist dieses Mitmachertum im Rückblick zuweilen eine bitterere Erfahrung als bestimmte Repressionen. In einem Leserbrief schrieb vor ein paar Jahren ein Mann, er verstehe gar nicht, warum da Leute politische Probleme in der DDR hatten; er selbst habe nie welche gehabt und kenne auch keinen, der je welche hatte. Götz Planer-Friedrich hat 1991 die systematische »Deformation des Bewußtseins der Mehrheit der Bevölkerung und der charakterlichen Verbiegung zweier Generationen« durch die DDR als einen Schaden betrachtet, der mehr wiege als einzelne Rechtsbeugungen und Menschenrechtsverletzungen.<sup>7</sup> Das ist ein scharfes Wort, das in seiner ersten Hälfte die Mitmachdiktatur und das allgemeine Beschweigen unterstreicht, das im Lesebrief zum Ausdruck kommt. Der zweite Teil scheint mir aus einem Irrtum zu folgen, der mit einer Verteidigungsstrategie verbunden ist. Dass die DDR zu den Ländern mit der höchsten Quote politischer Strafgefangener gemessen an der Bevölkerung gehörte, nämlich zwischen 200.000 und 280.000 Häftlinge<sup>8</sup> – ist das heute allgemein im Bewusstsein? Was ist mit denen, die nicht einsaßen? Nicht nur jüngere Zeitgenossen vertreten dem zum Trotz zuweilen heute die Ansicht, die DDR sei eine Art Bagatellidiktatur gewesen.<sup>9</sup> Zwei Gründe scheint es dafür zu geben: eben die Existenz einer Bevölkerungsmehrheit, die juristisch unbeschadet das System mitgetragen hat und denen auch nichts »passiert« ist. Und zweitens die seit 1990 vorhandene, aber schon in der DDR, auch in oppositionellen Kreisen verbreitete Ansicht, nur der NS-Staat sei eine Diktatur im Vollsinn gewesen. Die Monströsität seiner Verbrechen verbot es gewissermaßen, die DDR ebenfalls als Diktatur zu betrachten, die Richard Schröder und Erhard Eppler zu dem Ausspruch brachte: die Nazis bzw. das »Dritte Reich« hätten Leichenberge, die SED bzw. die Kommunisten Aktenberge hinterlassen.<sup>10</sup> Vielleicht nicht die Äußerung selbst, aber genau diese Sicht hat die

DDR nach 1990 und bis heute als eine Art Bagatellidiktatur erscheinen lassen. Kinofilme wie *Sonnenallee* (1999) und *NVA* (= Nationale Volksarmee, 2005) haben schon früh diesen Eindruck bestätigt, als habe man in einer skurrilen Hippie-Republik gelebt. Schließlich hat die Anwendung des sogenannten Asi-Paragraphen (§249 StGB) vor allem seit den 1960er Jahren politisch verfolgt, wie mir scheint, bis heute nachhaltend, nicht nur kriminalisiert, sondern auch asozialisiert, weil den Verfolgten dadurch immer die eigentliche Schuld wenigstens ein Stück weit zugeschrieben werden konnte und wurde. Die Parallelisierung von Nonkonformität, Asozialität oder Infantilität wirkt nachhaltig. Die Prädikate, mit denen die randkirchliche Subkultur der Offenen Jugendarbeit in den 70er und 80er Jahren bis heute auch öffentlich und innerkirchlich belegt wird, liegt genau auf dieser Ebene: Biertrinkende, ausschweifende und vor allem unfrome Asis seien in die Kirchen eingewandert und vollkommen zu Recht dort wieder herausgeworfen worden, das hörte und hört man auch öffentlich.

Für die Mehrheit der Bevölkerung – auch in den Kirchen – stellen diese politisch Verfolgten die Gefahr dar, an die eigene Anpassung oder aktive Unterstützung des Staates erinnert und vielleicht gefragt zu werden, wo ihr eigener Ort war und wie sie ihre eigene Verantwortung wahrgenommen hat. Womöglich findet genau deswegen kein breiter Diskurs darüber statt.

Diese Perspektive wirft helles Licht auf die normative, moralische Seite von Gedächtnispolitik und Erinnern. Die Selbstrechtfertigung in einer aktuellen Situation bestimmt die Erzählung der Augen- und Zeitzeugen und eben auch die Erzählungen der Wissenschaft. Weil es nach wie vor keinen Grundkonsens darüber gibt, was denn die DDR gewesen sei, gibt es auch keinen Grundkonsens über den Widerstand, das Anpassen oder das Systemtragen in ihr. Die SED und damit der Auftraggeber des MfS ist in das bundesrepublikanische Parteiensystem integriert worden und steht seither dem politischen Grundkonsens im Wege. Vor ein paar Monaten erst hat der frühere Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Theo Waigel es bedauert, dass die SED 1990 nicht verboten worden ist.<sup>11</sup>

Muss man sich überhaupt für irgendetwas schuldig fühlen, wenn doch alles nicht so schlimm war? Und ist es nicht einfacher, die politischen Strafgefangenen weiterhin als Ausnahme von der Regel zu betrachten, um die DDR dadurch gewissermaßen zu normalisieren? Dass Detlef Pollack

schon 1991 diagnostiziert hat, die 10.000-15.000 Oppositionellen seien in der Bevölkerung der DDR als Chaoten verschrien oder verlacht worden,<sup>12</sup> entspricht genau diesem Verdikt. Verrückt waren aus dieser Perspektive die Nonkonformen, vernünftig die Mitläufer.

Das betrifft natürlich auch die Kirchen. Solange sie sich im Modus der Volkskirche wähten, war nicht klar, wen sie denn eigentlich repräsentieren sollten. Wer ist der kirchliche »Normossi«, derjenige also, der nicht nur den Durchschnitt repräsentiert, sondern dem auch moralisches Recht zuerkannt werden kann? Dass die Kirchen – hier die Kirchenleitungen – sich nach eigenem Zeugnis vor 1990 zwischen Widerstand und Anpassung, aber nicht als Opposition verstanden haben,<sup>13</sup> lässt sich nicht für alle Teile von Kirche so behaupten. Das Volkskirchenkonzept hat auch nach der DDR eindeutige Positionen verhindert.

## 2. Aufarbeitungsgeschichte als Geschichte des Anspruchs auf Repräsentation

Die Unentschiedenheit der evangelischen Kirchen ist auch in ihrer Vielstimmigkeit begründet. Das hängt auch damit zusammen, wie Repräsentationen in Gesellschaften geschehen. Jedes kollektive WIR kann nur beansprucht, aber niemals völlig eingelöst werden. Es grenzt sich stets gegen andere solche Ansprüche auf Repräsentation ab und wird von den einen bestritten, wenn es von den anderen erhoben wird. Das »Wir sind das Volk« kann »die da oben« oder »die da draußen« meinen, es kann aber nur gesagt werden in Differenz: nicht IHR. Die Artikulation des WIR ist mit Macht- und Wahrheitsansprüchen untrennbar verbunden. Eine völlige Schließung, also die Übereinstimmung zwischen dem Artikulierten und dem Repräsentierten ist weder in diktatorischen noch demokratischen Gesellschaften möglich.<sup>14</sup> Eine Totalversöhnung bleibt womöglich, wenn man an sie glaubt, und das tun längst nicht alle Christen, dem Tag des Herrn vorbehalten. Bis dahin besteht Differenz. Das birgt eine gewisse Eskalationsgefahr, wenn Repräsentationsansprüche mit gewalttätigen Ausschlüssen verbunden sind. Aber es birgt zugleich die Chance auf demokratische Verständigungsprozesse, wenn die eigenen Ansprüche auf Wahrheit und Macht kritisch reflektiert und zur Disposition gestellt werden.

Mit dem Anspruch auf Repräsentation ist auch der Anspruch auf die Deutung von Wirklichkeit verbunden. Viel zu selbstverständlich ist seit 1990 von den Kirchen die Rede gewesen, aber wer

oder was ist das? Die Kirchenleitungen, die ja höchst heterogen waren, zwischen den verschiedenen Landeskirchen und mit einer Bandbreite von den eher oppositionellen Heino Falcke, Gottfried Forck und Werner Krusche über zum Teil kritische Lutheraner wie Johannes Hempel, Werner Leich und Christoph Stier zu den staatsnahen Eberhard Natho und Horst Gienke, einer ganzen Reihe von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS oder der Ost-CDU nahestehenden Oberkirchenräten? Oder sind es die Gruppen, die ebenso im Wir-Modus sprachen und Bestandteil von Kirche sein wollten, sei es die aus der Offenen Jugendarbeit stammende Kirche von unten, der Arbeitskreis Solidarische Kirche oder die Friedens- und Umweltgruppen? Oder waren es die Gemeinden, an die sich noch ca. ein Drittel der Ostdeutschen gehalten hatte? Wer von diesen Genannten ist Kirche? Alle, wird man angesichts einer unerlösten Welt sagen, in der Kirche *corpus permixtum* sein muss. Aber mit welchen Rechts- und Wahrheitsansprüchen wurden und werden diese Repräsentationen erhoben?

## 3. Repräsentative Modelle

Es ist unübersehbar, dass in den Debatten seit den frühen 1990er Jahren ohne die massiven Interessen von Parteien, zwischen Ost und West und ohne mediale Macht keine Aufarbeitung geschehen ist. Ich werde im folgenden einige Modelle der Deutung der DDR-Kirchengeschichte nennen, ich werde auf die Ausschließung eingehen, die mit dem Modell verbunden war – wer wurde nicht repräsentiert? – schließlich werde ich versuchen, diese Exklusion als Hypothek oder als Chance für künftige Debatten zu reformulieren. Wie kann das Ausgeschlossene zur Sprache gebracht werden? Im Defizit der Aufarbeitungsgeschichte(n) liegt damit zugleich eine gestaltbare Perspektive.

### 3.1. Besier<sup>15</sup>

Die gesamte Aufarbeitungsgeschichte kann nicht ohne das einschneidende Ereignis der Publikationen Gerhard Besiers beschrieben werden, die seit Ende 1991 wie ein Schock gewirkt haben. Besiers Grundthese: dass die Kirchen in der DDR nach ihrer Resistenz in den 1950er Jahren nach und nach den Weg in die Anpassung gegangen seien, mit der Vorreiterrolle Thüringens und im Ergebnis eines erheblichen Einflusses des Staates, vor allem über das MfS und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) in den Kirchenleitungen. Auch vor 1989 als kritisch bekannten kirchenleitenden Persönlichkeiten wie Werner Krusche, Johannes Hempel

und Hans-Joachim Fränkel bescheinigte Besier, sich in einen »Lernprozess« im Sinne des Sozialismus begeben zu haben, als »Kirche für den Sozialismus«. Diese Generalenthüllung entstammte nicht der Feder eines Journalisten oder Dissidenten, sondern eines renommierten Westdeutschen, sie schuf einen Vergeschwisterungsreflex auch zwischen eigentlich gegnerischen ostdeutschen Lagern, eine Art antiwestliche Trotzfront. Drei Punkte schlugen besonders ein: erstens die genannte These, dass der Lernweg der Kirche hin zum Realsozialismus die kritische Distanz weitgehend verlassen habe, dass zweitens dieser Weg wie die Kirche als solche – von einigen Ausnahmen abgesehen – von der SED und dem MfS bestimmt und gelenkt worden sei, die Kirche also lediglich Handlungsobjekt gewesen und nicht selbstbestimmt agiert habe, sondern den Zersetzungen durch MfS und Ost-CDU erlegen gewesen sei. Drittens aber war es ein Satz aus Besiers voluminösem Vorwort, dass nämlich vielfach zwischen Funktionären und kirchenleitenden Persönlichkeiten Beziehungen geherrscht hätten, »die man anderwärts als Kumpanei bezeichnen würde«. <sup>16</sup> Das Diktum von der »Kumpanei« war in direktem Satzanschluss an ein Urteil von Oberst Joachim Wiegand, dem Leiter der für Kirchenfragen zuständigen HA XX/4 gefällt worden, der dann übrigens im Stolpe-Untersuchungsausschuss für Stolpe aussagte. Besier hatte es sofort relativiert und erheblich eingeschränkt, <sup>17</sup> aber das wurde nicht mehr mitgelesen. Was auch immer nach dieser Einleitung seitens der Kirchen, seitens Gruppen, aber vor allem auch in den überregionalen Medien zum Thema Kirche in der DDR publiziert worden ist, bezieht sich direkt oder indirekt, textuell zentral oder marginal auf diesen Kumpanei-Vorwurf, man findet auch ohne Namensnennung Besiers »Kumpanei« als abzuwehrende Unterstellung immer wieder. Das letzte große Buch zum Thema, der *Einspruch* des Thüringer Oberkirchenrats und mutigen Verteidigers der Offenen Jugendarbeit Walter Schillings, Ludwig Große, von 2009 <sup>18</sup> scheint mir nichts anderes zu sein als eine späte Antwort auf Besier. Die Enthüllungen nahmen ihren Lauf, Kirche war jahrelang ein Dauerthema, der Mythos von der protestantischen Revolution und die Hoffnung auf eine Art Remissionierung des entfremdeten »Staatsvolks« waren auf einmal dahin. Die revolutionäre Rolle der Kirche wurde durch den Kollaborationsvorwurf konterkariert und mancherorts zur Farce. In dieser Situation bildeten sich eine Hauptstrategie heraus, die »Aufarbeitung« nachdrücklich und irreversibel prägte: die Strategie der Apologie oder Exkulpation, nämlich vor dem Vorwurf der Anpassung und der »Kumpanei«. Sie

scheint trotz mancher Differenzierung die beherrschende Strategie geworden zu sein.

Besier, der in nur zwei Jahren insgesamt noch mehr als 3.000 Seiten »SED-Staat und Kirche« folgen ließ, untermauerte seine These von der zunehmenden Anpassung der Kirchen auf der Basis der Regierungs- und Parteiarchive. Und er verband seine Kommentare stets mit einer aktuellen Agenda, die seine Frontstellung deutlich zu erkennen gab: es war die altbundesdeutsche SPD, von der zwei Kanzler für Stolpe aussagten, und es war die These nahegelegt, die DDR-Kirchen seien sozialdemokratisch infiziert – gewissermaßen als Begleiterscheinung ihrer Prägung durch die SED – und, das war entscheidend, sie wären sogar DDR-sozialistisch infiziert wie die West-SPD selbst mit ihrer Annäherung an die SED im Zusammenhang mit dem »Streit der Ideologien« von 1987. Von den folgenden Diskussionen greife ich einige Punkte heraus:

- a) Auf Besier folgte kein kirchlich oder fachtheologisch initiiertes Gegenprojekt einer Gesamtdarstellung. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte setzte im Auftrag und auf Wunsch der EKD ein Projekt zur Rolle der Kirche im geteilten Deutschland in Gang, also eine Verdienstgeschichte gegen die Verfallsgeschichte Besiers.
- b) Stattdessen wurde Besier fehlende persönliche Integrität, Unwissenschaftlichkeit und »Wessitum« unterstellt. <sup>19</sup> Mir geht es hier nicht um seine Rehabilitation, sondern darum herauszustellen, was die gravierenden Folgen der Abwehr Besiers waren. Denn es wurde auch seine Gesamtthese zurückgewiesen, nämlich die These, dass die Kirche in der DDR einen konsequenten Weg von der Resistenz in die Anpassung mit dem Höhepunkt des 6. März 1978 <sup>20</sup> gegangen sei und dass dieser Weg offiziell und inoffiziell von Staat und Macht gelenkt war, dass also Kirche nur bedingt die Verfügungsgewalt über sich hatte. Diese These, über die man diskutieren kann, wurde nun mit der Abweisung Besiers gleich mit abgewiesen. Statt des unterstellten Verfalls wurde das Verdienst der Kirchen betont!
- c) Die Kirchen gerieten in den 1990ern in Presse, Funk und Fernsehen durch Besiers und dann andere Anstöße so massiv in den Mittelpunkt, dass zuweilen der Eindruck entstand, die Kirche, nicht die SED, sei die eigentlich Schuldige am DDR-Debakel. Auch der frühere hallesche Theologieprofessor Michael Beintker hatte 1992

den Kirchenleitungen massives Amtsversagen vorgehalten,<sup>21</sup> aber eine solche Umkehrung der Schuldlast erschien absurd.

- d) Neben der Apologie und der sehr ambivalenten Stasi-Überprüfung der eigenen Reihen war es vor allem die Fokussierung auf dieses Thema, das nach Besier geschah: Nicht die Opfer von SED und MfS und nicht die Dissidenten standen im Fokus der kirchlichen Öffentlichkeit, es ging um die Kirchenleitungen und dann auf einer anderen Ebene um die IM in ihnen, auf die sich die gebündelte Aufmerksamkeit richtete. Die 1990er Jahre sind aber darauf konzentriert gewesen, die IM in den eigenen Reihen auffindig zu machen, so als wäre die DDR eine geheime IM-Herrschaft gewesen und nicht die SED, die dieses System installiert hat. Ich nehme mich in diese Perspektive der 1990er Jahre ausdrücklich hinein. Nach einer Information des früheren Dresdner Oberbürgermeisters Horst Berghofer war es die SED-Spitze mit Hans Modrow und Gregor Gysi Anfang Dezember 1989 selbst, die den Fokus der Öffentlichkeit auf das MfS, die IM und insbesondere den bis dahin völlig unbekanntem Alexander Schalck-Golodkowski richtete, um die SED mit ihrem bis heute verschwundenen Vermögen in die neue Welt zu retten.<sup>22</sup> Wenn es sie so gab, und dafür spricht vieles, ist diese Strategie aufgegangen. Erhebliche Folgen hatte es jedenfalls, dass nicht die Parteizugehörigkeit (nur bei höheren Funktionären), sondern die IM-Tätigkeit zum Prüfkriterium in den Evaluationsausschüssen wurde – eine völlige Verschiebung der Verhältnisse.
- e) Also noch einmal: die Opfer der Kirchenpolitik, und ich spreche hier von malträtierten kirchen- und staatskritischen Pfarrern, Studierenden und Jugenddiakonen, von mit Berufsverbot und jahrelangen Sperren belegten ausgereisten kirchlichen Mitarbeitern, von paternalistischen Bagatellisierungen, Infantilisierungen von Jugend- und Studentenprotest, aber vor allem auch von der unglaublichen Zahl der politischen Strafgefangenen in der DDR: Die Opfer kamen in den 1990er Jahren in der Kirche kaum vor. Ich suche vergeblich in den mehr als 100 Texten aus den 1990er Jahren nach der Opferthematik. Opfer wurden juristisch rehabilitiert, sofern sie strafrechtlich verfolgt gewesen waren; kirchliche Rehabilitierungen sind mir aus dieser Zeit nicht bekannt. Der damalige Thüringer Landesbischof Roland Hoffmann hat 1995 im Abschlussbericht vor der Synode der Landeskirche seinen großen Schmerz einge-

räumt, »daß wir den Opfern bisher weder zu ihrem Recht noch zu einer Genugtuung helfen können«, und er bat sie um Vergebung.<sup>23</sup>

- f) Demgegenüber hat Ehrhart Neubert schon 1993 darauf hingewiesen, dass es den Kirchen bei der »Aufarbeitung« vor allem um Selbsterhaltung ging und dabei bewusste Vertuschungen, verzögerte Verfahren gegen Beschuldigte, kirchenpolitisches Kalkül und Taktik an der Tagesordnung waren.<sup>24</sup> Anstelle der Auseinandersetzung mit der Besier-These, die man kritisieren und ernstnehmen kann, wurden einzelne Belastete belangt, meistens nicht sehr schwerwiegend. Zuweilen wurden schärfere Urteile etwa vom EKV-Gerichtshof wieder aufgehoben. Als sich 1991 der Gerstunger Pfarrer Wolfgang Hochstrate gegenüber der Kirchenleitung als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS outete, wurde ihm ein Entlassungsantrag – ohne vorheriges Verfahren – nahegelegt,<sup>25</sup> ausgerechnet durch den OKR Wolfram Johannes, der als IMB »Nettelbeck« im Landeskirchenrat installiert war. Dass auf der anderen Seite Personen wie dem Greifswalder OKR Siegfried Plath in Greifswald und Manfred Stolpe trotz fehlender Akten bescheinigt worden ist, nicht die Seiten gewechselt zu haben,<sup>26</sup> wird nach und nach auf die Kirchen als ein Gemisch aus Naivität und Apologie zurückfallen. Bis auf Berlin-Brandenburg, wo sich keine Mehrheit fand, haben die Landeskirchen Regelüberprüfungen ihrer Mitarbeiter auf MfS-Tätigkeit durchgeführt,<sup>27</sup> und sie haben sehr viel Energie hier hineingesteckt.
- g) Die Stasi-Prozedur bezog sich auf den Osten, die West-Kirchen schlossen sich dem nicht an. Es herrschte von Anfang zweierlei Maß. Ja, es gab und gibt ein Ost-West-Problem in den Kirchen! Götz Planer-Friedrich hat mir vor einigen Jahren geschrieben, was ihm 1991 kirchenleiterseits-west mitgeteilt wurde, als er in einem Memorandum die dringende Aufschiebung der Vereinigung von Ost- und Westkirche anmahnte: Was solle denn an einer Kirche im Sozialismus schon bewahrenswert sein! Die schnelle Wiedervereinigung und die Ersetzung der im Osten gewachsenen Strukturen durch die des Westens wird uns in Zukunft beschäftigen, weil diese Strukturen in demokratischen Verhältnissen für eine Volkskirche entstanden sind, nicht für eine relativ kleine Minderheit, die nun plötzlich überprivilegiert und auch überproportional repräsentiert worden ist.

Noch einmal zusammenfassend: Selbsterhaltung und Apologie als Strategien und zugleich »Opfer«- und Dissidentenvernachlässigung, das sind die Hypothesen und die Perspektiven aus dem Besierangriff.

### 3.2. »Glasnost« von unten.<sup>28</sup>

Für die Forderung nach Transparenz aus einer anderen Richtung steht die Offene Jugendarbeit um Walter Schilling. Sein viel zu wenig gelesener Aufsatz von 1996 über die Thüringer Kirche gehört zu den historisch klügsten und theologisch weisesten Veröffentlichungen.<sup>29</sup> Diese Geschichte weist in besonderer Weise in das Feld staatlicher und konspirativer Arbeit hinein. Hier waren der Einfluss und die Zerstörungsgewalt besonders groß, hier ging es nicht nur um Überwachung, sondern um Kanalisierung und Disziplinierung. Und hier wird am ehesten deutlich, wie und ob der Staat mit oder ohne Hilfe des MfS es schaffte, seine Ziele durchzusetzen oder nicht.

Als 1992/93 in der SAMISDAT-Tradition der DDR-Opposition die Aktendokumentationen Schilling, Lenski, Kulisch et al. und dann Krone/Schult<sup>30</sup> herauskamen, war auch ein geradezu tumultuarischer Angriff geschehen. Denn nun legten Leute Akten vor, die nicht aus dem Westen kamen, sondern zum »unteren« Teil der Kirche gehörten, aber teils jahrzehntlang an einer permanenten Konfliktszenierung gearbeitet hatten, die von den Kirchenleitungen in einigen Fällen beschützt und auch gefördert, aber zugleich bevormundet und diszipliniert worden waren.

Schillings Veröffentlichung wandte sich dagegen: 1. dass ihre Geschichte nun vom Westen aus beurteilt würde – ohne Namensnennung: Besier, sie wandten sich 2. dagegen, dass das MfS es geschafft habe, ihre Arbeit wirkungsvoll zu steuern, wie es Besier behauptet hatte, und sie erklärten 3. ausdrücklich, nicht Opfer oder Verlierer des Systems geworden zu sein – wiewohl es viele Verhaftungen, Beeinträchtigungen, Verhinderungen und sogar einen Todesfall in ihren Kreisen gegeben hatte. Schilling schrieb 1993 ausdrücklich, es gehe ihm um eine von unten her geschriebene »mutmachende Geschichte der nicht-unterdrückbaren Hoffnung auf Freiheit und des gelungenen Ringens um Emanzipation« in der Nachfolge des »historischen Jesus, der in der gelebten Nachfolge zum Christus wird«.<sup>31</sup> Nun prangerten Schillings Leute die SED- und MfS-Verstrickung der Kirche an und damit die Entsolidarisierung, die sie ja tatsächlich auch erfahren hatten. Zugleich sprachen sie im WIR-Duktus,

aber in klarer Distanz zu kirchenleitendem Handeln. Ihr moralischer und zugleich auch theologischer Stör-Anspruch forderte Offenlegung und wurde vielfach als anstößig empfunden und zu ignorieren versucht, aber er bleibt bestehen.

Ich möchte dieses hier einschieben: Die von der großen Mehrheit mitvollzogene Mitmachtdiktatur der DDR erforderte eine klare Entschiedenheit und eine offensive Distanzierung, wenn ein Einzelner sich den Anpassungsleistungen der Mehrheit verweigerte. Eine solche mit Isolierung verbundene Distanznahme gegenüber einer deformierten Gesellschaft hatte etwas, und erschrecken Sie nicht bei dem Ausdruck: Soziopathisches. Soziopathie war in der DDR die gesunde Reaktion auf eine kranke Gesellschaft, die selbst hätte therapiert werden müssen.<sup>32</sup> Das läuft bis heute vielfach seitenverkehrt; denn die Isolationen halten an: Die 16jährige Schülerin einer Ostseestadt wird wegen Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde und wegen Westkontakten nach einem von SED und MfS eingefädelten Tribunal unter Mitwirkung von Schülern und Lehrern 1987 von der Schule geworfen und nicht zur Abiturstufe zugelassen. Zu Klassentreffen wird sie nie eingeladen. 30 Jahre später nimmt einer Kontakt zu ihr auf: Dir habe ich es zu verdanken, dass ich damals nicht NVA-Offizier geworden bin. Er nimmt sie in die Whatsapp-Gruppe zum nächsten Klassentreffen Sommer 2019 auf. Viele freuen sich. Sie fragt im Chat, ob sich jemand an die Sache von damals erinnern könne, an den Einfluss der Stasi und an die Schule. Sie solle das endlich ruhen lassen, wird ihr entgegengehalten, und als sie noch einmal zurückfragt, kommt plötzlich keine Antwort mehr. Sie gründen eine neue Whatsapp-Gruppe, ohne sie. Zwei, drei entschuldigen sich, separat.

Wenn man die Verwerfungen zwischen Offener Arbeit, Gemeinden und Kirchenleitungen betrachtet, stellt man sich der nachdenklichen Frage des früheren sächsischen Landesbischofs Hempel, dass Konfliktminimierung, Deeskalation oder Konfrontationsvermeidung mit der Stabilisierung des SED-Staates und zugleich mit der Disziplinierung oder wenigstens Kontrolle der unliebsamen Störfaktoren verbunden waren. Hempel gab in der damals laufenden Debatte, ob ein Schulbekenntnis der Kirchen nötig sei oder nicht, ausdrücklich den Irrtum zu, der jüngeren Generation nicht genug Recht auf Protest eingeräumt und sich selbst zu sehr an die Verhältnisse in der DDR gewöhnt zu haben.<sup>33</sup> Inwieweit die damit verbundene Strategie der Aufschiebung von Konfrontationen sich mit Disziplinierung von Störfaktoren überschneidet, bleibt eine in Details zu klärende

Frage. Ich sehe nicht, dass auf den von Hempel benannten Feldern – und eben nicht apologetisch – weiter diskutiert worden ist.

### 3.3. Systemtheorie

Seit 1990 wurde in Leipzig ein Modell entwickelt, das dem Anspruch von Kirchen und Gruppen auf Selbstbestimmung und einem aktiven Anteil am Ende der DDR entschieden widersprach. Der Religionssoziologe Detlef Pollack<sup>34</sup> legte eine systemtheoretische Sicht der DDR-Kirchengeschichte vor und wies mit ihrer Hilfe die These von der protestantischen Revolution zurück. Die DDR sei als System nicht revolutioniert oder umgestürzt worden, sie sei von selbst zusammengebrochen. Kirchen und Gruppen hätten keinerlei Anteil daran. Nicht einmal katalysierend hätten sie gewirkt, gerade einmal als »Kristallisationspunkte«.<sup>35</sup> Ihre theologischen und politischen Orientierungen wären selbst erst als Folge von Anpassung entwickelt worden. Pollack teilte also an dieser Stelle Besiers These von einer zunehmenden Anpassung der Kirche. Für Pollack konnte ein nach Totalität drängendes System nicht wegen opponierender Personen und Gruppen wirkungsvoll unterminiert geschweige zum Einsturz gebracht werden. Das System brach wegen seines »Grundwiderspruch[s]«<sup>36</sup> zusammen, so Pollacks Spielart der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie, die Freiheit nicht kennt und aus diesem Grund auch nicht zulässt. Aber diese These enthielt eine Inkonsequenz, denn Pollack meinte plötzlich gegen seine eigene Auffassung, 1989 hätten sich die reformwilligen Kräfte der SED durchgesetzt. Nun trat an die Stelle der Gruppen, der Kirchen und des Volkes plötzlich wieder die SED als Akteur. Und eine weitere Pikanterie: Wenn ein System nur von selbst zusammenbrechen konnte, war auf der einen Seite jeder Widerstand genauso chaotisch verpeilt, wie die Gruppen, die von der Bevölkerung überwiegend als »unrealistische Träumer und Politchaoten«<sup>37</sup> betrachtet wurden.

Mit dieser Anwendung der Systemtheorie war eine Agenda hergestellt, die die Anpassung und Systemstützung gegenüber dem SED-Staat als notwendig, und nicht nur das, sogar als richtig, üblich und klug darstellte. Moralische Ansprüche waren obsolet oder diskreditiert. Damit wurden nicht nur die kritischen Stimmen vor 1989 ins Abseits gestellt, auch diejenigen, die sich trotz mancher Anpassung geweigert hatten, dem Staat über das allernötigste Maß hinaus Dienste zu erweisen, wurden für eine Konzeption verein-

nahmt, die die Anpassung als Weisheit nun auch »wissenschaftlich« legitimierte.

Diese Sicht wurde vielfach übernommen, nicht nur von systemtheoretisch orientierten Zeithistorikern aus der Altbundesrepublik. Sie findet und fand sich bei vielen wieder, wie bei einem halle-schen Neutestamentler, der in der obligatorischen Wahlwerbung vor 1989 den Wahlgang mit dem ehelichen Geschlechtsakt verglich, den man ja auch dann vollziehe, wenn man ihn nicht wolle. Systemtheoretisch hatte er damit Recht. Aber sexualethisch?

Die Delegitimierung der Opposition oder auch nur Nonkonformität ging einher mit der Legitimation fehlenden Widerstands und gerade eben auch der willfährigen Anpassung. Moralisches Verhalten mit widerständigen Konsequenzen erschien als ethisch disqualifiziert, ja sogar die Frage nach ethischen Konsequenzen selbst.

Nach der Systemtheorie war es ferner unmöglich, eine Theologie geschweige denn Oppositionsagenda zu entwickeln. Dass gerade herrschaftskritische Theologien in der DDR wie die Heino Falckes, Johannes Hamels oder Wolfgang Schenks die systemstabilisierende Politikprägung von Kirche etwa durch barthianische theologische Ansätze zu überwinden versuchten, ist in Pollacks Systemtheorie eine Farce oder Selbstbetrug. Mit Pollacks Systemtheorie wird die Gesellschaft als eine Art Funktionsmechanismus betrachtet, an den man glauben kann oder nicht. Die »intelligible« Seite, die Freiheit des Menschen, Moral und Religion, erscheinen hingegen als Funktionen. Im Blick auf Diktaturen fällt dieses Manko noch deutlicher ins Gewicht. Denn auch in geschlossenen Gesellschaften wie der DDR ist Freiheit versucht worden – Moral war gerade nicht ausgeschaltet, weder damals noch im Rückblick. Nach Pollacks Theorie kann Moral jedoch nichts anderes sein als eine Chimäre. Einzig mögliches Handeln ist »Einsicht in die Notwendigkeit«.

### 3.4. Exklusionen

Die funktionale Systemtheorie war bestens für das »Aufsatteln der Stasi«<sup>38</sup> geeignet - das schrieb, ohne Pollacks Namen zu nennen, schon 1993 der Theologe und Religionssoziologe Ehrhart Neubert, weshalb Pollack ihn später offenbar nur noch als Theologen bezeichnete.

Ehrhart Neubert teilte die Verfallstheorie von der wachsenden Anpassung der Kirche, vor allem weil gerade auch die kritischen Kirchenleiter bis

zum Spätherbst 1989 die Oppositionsrolle klar abgelehnt hatten. Neubert verband mit seinem Repräsentationsanspruch ein anderes WIR, das WIR der Opposition und deren kritisches und systemsprengendes Potential. Dies war allerdings mit der Hypothese verbunden, die Gruppen hätten überwiegend aus dem Raum der Kirche gestammt. Mit Neuberts Repräsentationsanspruch waren mehrere Exklusionen verbunden, die typisch geworden sind. Im Zentrum steht die These, die Opposition sei überwiegend aus der Kirche gekommen und zugleich vom protestantisch-sozialethischen Geist geprägt gewesen, der wiederum nicht mit Kirche identifiziert wird und daher auch gegen herrschende Kirchenhierarchien gerichtet gewesen sein kann, weil die Kirchen sich in den gesellschaftlichen Umbrüchen stets eher als systemstabilisierend erwiesen hätten.<sup>39</sup> Dadurch wird die Opposition gewissermaßen protestantisiert. Auch das ist eine Apologie der Kirche, hier der wahren Kirche der kirchlichen Opposition – und zugleich eine Marginalisierung Oppositioneller, die nicht kirchlich, nicht konfessionell oder nicht religiös im, am Rande oder außerhalb des Raums der Kirchen agiert haben – zum Beispiel, weil der Schutz der Kirche nicht selten als Korsett empfunden wurde, das nicht nur schützte, sondern auch einengte.

Es ist aber noch eine andere Exklusion damit verbunden. Einer ganz bestimmten Szene wird die moralische Qualität echter oder wahrer politischer Gegnerschaft zugeschrieben, nämlich den Angehörigen der Gruppen selbst. Da stellen sich als Fragen: Wer ist der wahre Widerständler? Der, der einen OV (Operativen Vorgang) des MfS vorweisen kann? Die, die zu Gruppen gehört haben? Und was ist mit denen, die das nicht waren? Die vielleicht nicht dabei sein wollten, weil es etwa damals schon schwierig war, eine gemeinsame Basis herzustellen zwischen Leuten, denen alle Wege zu Abitur und Studium verweigert wurden und denen, die das geschafft hatten und nun mit ganz anderen politischen Herausforderungen lebten?

Diese Exklusionen haben weithin gewirkt! Zuweilen ist der Eindruck entstanden, dass ein ehrlicher DDR-Kirchen-Mann bei den Bausoldaten gewesen sein müsse. Was ist mit denen, die, wenn sie es auf die EOS geschafft hatten, nicht Theologie studieren wollten und daher nicht Bausoldaten werden konnten, weil Bausoldaten seit der 3. Hochschulreform um 1970 gar nicht zum Hochschulstudium zugelassen wurden, außer zum Theologiestudium – zwischen 1970 und etwa 1978 übrigens auch nicht zum Theologiestudium,

weshalb sich die Zahl der Theologiestudenten an den Universitäten bis 1975 fast halbierte?<sup>40</sup> Dagegen dieses Beispiel: einem Abiturjahrgang mit fünf Klassen 1985 gehörten 60 junge Männer an, von denen 12 18 Monate mit der Waffe dienen, einer als Bausoldat, er studiert dann Theologie. Alle anderen dienen freiwillig 3, 4, 10, 15, 20 und 25 Jahre und können zum Dank studieren. Von den Anderthalbjährigen bekommen etliche ihr Studium nicht, weil sie nicht mehr als den Grundwehrdienst zu leisten bereit sind. Mindestens einer von diesen 1,5 Jahre Gedienten, kein Theologe, hat 1987 sein FDJ-Mitgliedsbuch abgegeben! Diese Studenten waren nicht Mitglieder in den Gruppen, aber an der Universität waren sie vorhanden, wenn auch als sehr kleine Minderheit an den Hochschulen. Dass diese Anderthalbjährigen, unter denen es viele Christen gab, aus dem Raster der »wahren« Opposition herausgefallen sind, liegt noch auf einer anderen Ebene als der Ausschluss vieler Schülerinnen und Schüler von EOS und Studium, oftmals als einzigen in den Klassen, eines Ausschlusses, der tiefsitzende Isolierungen nach sich gezogen hat – die bis heute anhalten. Manche drei Jahre Gediente sprechen heute nicht über ihren Anpassungsdienst, den sie geleistet haben, um Veterinärmedizin zu studieren, andere halten das für völlig normal, weil die Mehrheit es ja so gemacht hat. Auf der anderen Seite bedeutete das Bausoldatsein doch nicht automatisch die Zugehörigkeit zu den oppositionellen Gruppen oder überhaupt zur Opposition; unter Theologiestudenten gab es etliche gediente Bausoldaten, die als Studenten politisch unauffällig gewesen sind. Was ist da für eine Situation entstanden! Konnte man durch Nichtzugehörigkeit zu den Gruppen oder als »Normalgedienter« unter den Verdacht geraten, angepasst gewesen zu sein und eben dadurch auch das System durch die fehlende Zugehörigkeit (zu den Gruppen) moralisch unzulässig gestützt zu haben? Ist die Definition, Gegnerschaft sei nur der »gesuchte und gestaltete Konflikt mit den Herrschenden«,<sup>41</sup> nicht zu eng gefasst oder auch ausgelegt? Es geht darum, die differenzierten Bedingungen auch solcher Gegnerschaft aufzuklären, die über das minimal Nötige hinaus Zugeständnisse nicht zu geben bereit war.

Repräsentationsansprüche müssen zur Disposition gestellt werden, weil es nicht nur »unsere« oder eine Wahrheit im Sinne nur einer einzigen möglichen Handlungsoption, sondern immer auch verschiedene Handlungsoptionen gab, weil die Situationen different und nicht immer vergleichbar waren. Deshalb stimmen die einfachen Erklärungen nicht durchweg – auch wenn sie

manches Wahre enthalten. Die Lehre von der exponential angepassten Kirche denkt von den Kirchenleitungen aus, die Lehre von der einen wahren Opposition exkludiert viele, die an anderen Orten auf andere Weise das taten, was den Konflikt dennoch am Leben hielt. Die Lehre von der Vernünftigkeit der Anpassung wiederum diskreditiert moralische und theologische Überzeugungen sowie Opfer und zu Opfern gemachte Akteure. In diesen Exklusionen und Diskreditierungen liegt nun gerade das Potential künftiger Debatten.

Am Ende kommt es darauf an, sich nicht von der leichten Verständlichkeit oder der scheinbaren Plausibilität bestimmter Universal-Deutungen anstecken und überlisten zu lassen. Progressive Geschichtsmodelle, aber auch Systemtheorien sind ja gerade mit dem Versuch verbunden, die Komplexität und Differenziertheit von Wirklichkeit zu überwinden und die Wirklichkeit leicht verständlich zu erklären. Im Grunde sind sie daher historiographisch gar nicht anwendbar, weil sie viel zu voraussetzungsreich und artifiziell sind. Durch ihren reduktiven Ansatz gehen sie über die Vielschichtigkeit von Wirklichkeit und Erfahrungen prinzipiell und programmatisch hinweg.

#### 4. Hypotheken und Perspektiven

Einige ganz konkrete Versäumnisse sind mit dem Bußwort des Landeskirchenrats der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland von 2017 benannt worden.<sup>42</sup>

1. Die »echten« Opfer politischer straf- und disziplinarrechtlicher Verfolgung bedürfen der kirchlichen Solidarisierung; 2. die Oppression eigener Mitarbeitender und Ehrenamtlicher in den Kirchen aus politischen Gründen und 3. der befristete und unbefristete Entzug der Ordinationsrechte von ausgereisten Pfarrerinnen und Pfarrern sind zu untersuchen.

4. In diesem Zusammenhang ist über das Verhältnis der Kirche zu den Ausgereisten neu zu reden – denn die Ausgereisten erlebten mehrfache Vertreibungen – aus dem Land, aus ihren Kreisen und dann in dem neuen Land, wo viele von ihnen fremd geblieben sind oder wieder fremd wurden, wenn sie nach 1989 zurück in die DDR kamen. Die verbreitete Nichtakzeptanz der Ausreise – auch trotz der Beschäftigung abertausender Antragsteller in kirchlichen Einrichtungen – hat zu dieser mehrfachen Entheimatung erheblich beigetragen.

5. Das Verhältnis der Kirchen zu den Blockparteien, vor allem zur CDU, einer Partei, deren Funktionäre, nicht auch die Mitglieder, in weiten Kirchenkreisen oft noch schlechter angesehen gewesen sind als die der SED<sup>43</sup> und in der erst ganz spät, am 10. September 1989 mit dem »Brief aus Weimar« ein sehr singulärer Aufbruch entstanden ist, nach Jahrzehnten fast geräuschloser Blockarbeit. Lothar Bisky hat mit dem ihm eigenen Sarkasmus der brandenburgischen CDU, die den Ministerpräsidenten Manfred Stolpe abwählen wollte, vors Auge geführt, dass sie jetzt doch Stolpe nicht politische Positionen vorhalten könne, die ihren eigenen vor 1989 entsprachen.<sup>44</sup> Und man kann fragen, ob in der CDU, nicht nur Sachsens, in den 1990ern und danach bewusst oder unbewusst die eigene Mittäterschaft im SED-Staat dadurch zu kaschieren versucht worden ist, dass man sich besonders anti-links positionierte und dabei zugleich nicht nur die »rechten« Augen zudrückte, sondern neurechts-antikommunistische Strömungen stillschweigend gewähren ließ.

6. Zwischen Ost- und Westdeutschen müssen wir uns behutsam fragen: wer spricht, wer erzählt, wer repräsentiert? Da wird den Ostdeutschen auf der einen Seite manchmal ungefragt und pauschal ein Demokratiedefizit unterstellt, und noch nach 25 Jahren Forschung meinen gelegentlich aus dem Westen gekommene Kollegen, man solle doch besser eine biographische Distanz zu seinem Forschungsgegenstand DDR haben. Würde es auffallen, wenn das zu einem westdeutschen Historiker gesagt würde, der über die Entstehung der Grünen oder die Ära Adenauer forscht? Zuweilen besteht der Eindruck, Ostdeutsche würden wie im Zoo betrachtet; »der Ostdeutsche« scheint voll und ganz das Kriterium eines indigenen Volkes als Forschungsgegenstand zu erfüllen.<sup>45</sup> Als Ilko-Sascha Kowalczuk gemeinsam mit Richard Schröder die fachliche Evaluierung und die von unsäglichen Ideologieversatzstücken wimmelnde Promotion-B-Schrift des späteren Präsidenten der Humboldt-Universität und früheren Ministers Olbertz aus den 1980er Jahren kritisierte, wurde Kowalczuk unterstellt, er rede aus der Perspektive des DDR-Opfers.<sup>46</sup>

Gerade auch angesichts der Tatsache, dass viele aus dem Westen stammende Menschen, Kolleginnen und Kollegen, seit mehr als zwei Jahrzehnten, manchmal mehr als die Hälfte ihres Lebens, in den nach wie vor so genannten neuen Bundesländern leben, ohne lebensbiographisch durch die DDR-Gesellschaft im SED-Staat geprägt zu sein, sollte gefragt werden: Welches sind die

Motive Westdeutscher – Politiker und Wissenschaftler – für oder über DDR-Biographien zu sprechen, sich hierbei zu positionieren, anstelle von Ostdeutschen zu sprechen oder sie sprechen zu lassen? »Volkskunde«? Die Verteidigung einer eigenen Position, die die DDR eben nicht als Diktatur betrachtet, sondern sie bagatellisiert? Die Wahrnehmung der Stimme der unterdrückten oder benachteiligten Ostdeutschen, die (vermeintlich) nicht für sich selbst sprechen? Als Ostdeutscher werde ich immer wieder offen gefragt, damit konfrontiert oder fühle mich gefragt, was mich antreibt, wo ich gestanden habe, in welchem Verhältnis meine Biographie zu meinen Forschungsgegenständen steht. Nicht nur von Jüngeren, sondern auch von Altbundesdeutschen hört man mitunter, man wisse ja auch nicht, wie man sich verhalten hätte und werde sich kein Urteil erlauben. Mich erschreckt das Argument, das man schon lange und immer wieder hört, auch in der Altbundesrepublik habe man sich anpassen müssen.<sup>47</sup> Da zeigt sich der mangelnde Konsens über die zweite Diktatur und über die zweite Demokratie. Auf der einen Seite scheint es das Bedürfnis zu geben, die Mehrheitsgesellschaft der ehemaligen DDR dadurch zu integrieren, dass man ihrer Alltagsgeschichte nach Möglichkeit eine gewisse Normalität bescheinigt und dem Vorwurf entgegentritt, die Lebensleistung der Ostdeutschen zu entwerten, von denen manche dazu tendieren, mit ihrer Lebensleistung auch das gesamte diktatorische Staatssystem gleich mit zu verteidigen. Manchmal hat man den Eindruck, dieses Bedürfnis nach Integration der Mehrheitsgesellschaft sei stärker als das Bedürfnis, dem Schicksal, dem Mut und der Lebensleistung betroffener und verfolgter Menschen nachzugehen. Da geraten die Verfolgten und die zu Opfern gemachten Akteure manchmal wieder an die Peripherie. Und wie seit den frühen 1990er Jahren werden diese Diskussionen zwischen Ost- und Westdeutschen geführt. Dieses Thema steht dringend auf der Tagesordnung.

7. Und am Ende noch ein entscheidender unaufgearbeiteter Punkt der Aufarbeitung: verfolgte Schüler. Die Ungleichbehandlung von Christen und Akademikerkindern ist die vielleicht nachhaltigste Auswirkung der SED-Diktatur, weil sie die Bevölkerungsstruktur nachhaltig verändert hat und zwar noch für Jahrzehnte. Vor 1961 ging der Großteil der pressierten Schüler und Studenten in den Westen. Nach 1961 wanderten sie in Handwerks- oder soziale Berufe, nicht nur im innerkirchlichen Raum. Noch lange ist Krankenpflegepersonal, sind Handwerker beruflich aktiv, die unter demokratischen Umständen Akademiker

geworden wären. Wie wenige haben sich 1990 noch in der Lage gesehen, das verwehrte Studium nachzuholen! Eine Nische bildete für manche das Theologiestudium, für manche eine kirchliche Ausbildung. Ich lese im IM-Bericht eines Schulkollegen über einen 11.-Klässler von 1984: dieser falle durch »ständige Opposition« und durch seine Affinität zur »sogenannten alternativen Friedensbewegung« auf. Der Schüler sei »ausgesprochen leistungsmäßig [und] intellektuell befähigt« und es werde »einiger Anstrengungen bedürfen, ihn das Abitur nicht mit sehr gut machen zu lassen«. Er wolle Theologie studieren, und das sei »wohl die einzige Richtung, die wir nicht unterbinden können«.<sup>48</sup> In vielen Fällen wurde das dennoch unterbunden. Die Akten der Prorektoren für Erziehung und Ausbildung, die fast durchgängig IM oder GMS (Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit) gewesen sind, geben darüber Auskunft. Diese Fälle sind anderswo nicht aktenkundig, es sind keine Disziplinarfälle. Ähnlich sieht es bei den nichtzugelassenen Schülern aus; Ablehnungen wurden mitgeteilt, aber keine Begründungen, so dass es vielen Betroffenen bis heute schwer fällt, den wahren Grund für ihre Nichtzulassung zu erfahren. Und auch Notengebungen wurden beeinflusst, um politisch begründete Zurücksetzungen zu überdecken. Eine nichtbestandene Prüfung in Marxismus-Leninismus konnte zur Exmatrikulation führen.

Die in der DDR regional durchaus verschiedene Zulassungspraxis gegenüber der konfessionell gebundenen Bevölkerung wirkt sich auf die bis heute nur verhaltene Aufarbeitung aus. An manchen Orten wurden Kinder kirchlicher Mitarbeiter fast nie zu EOS oder Studium zugelassen, anderswo schon. Bischöfe und Kirchenpersonal konnten persönlich manchmal doch noch eine Zulassung bewirken. Und es gab gelegentlich zuvorkommende Schuldirektoren, auch SED-Mitglieder. In Großstädten dominierten Nichtzulassungen. In manchen volkshochschulischen Gegenden kamen die Pfarrerskinder auf die Oberschulen, nicht aber manche Kinder engagierter Gemeindeglieder, um Kirchenvolk und Pfarrerschaft zu spalten. In anderen Fällen gelangten am selben Ort in manchen Jahren keine, in anderen Jahren kamen christliche Kinder wieder auf die Oberschulen und an die Universitäten.

Das wirkt auch so nach: Vielen, denen in der DDR der Einstieg in akademische Laufbahnen verwehrt worden ist, ist es bis heute nicht gelungen, in gesellschaftliche Bildungsschichten zu gelangen, sie haben gewissermaßen begrenzte Redemöglichkeiten und begrenzte Möglichkeiten,

gehört zu werden. Zugleich lastet der unausgesprochene Vorwurf auf ihnen, dass die Nichtzulassung aus (kirchen-) politischen Gründen nicht genau nachweisbar ist. Manchmal, so liest man es immer mal in Chats und Leserbriefen zum DDR-Thema, wird auf den einen Christen in der Klasse verwiesen: Wenn der es geschafft, warum du nicht! Das muss ja wohl doch an den Noten gelegen haben! Wie will man das nachweisen!?

Diejenigen aber, die trotz Kirchenzugehörigkeit die Oberschul- und Studienzulassung erhielten, werden als vermeintliche Gegenbeispiele angeführt. Zuweilen sehen sich einst verfolgte Schüler jetzt in die Lage versetzt, ihre einstigen, nicht selten erstklassigen Zeugnisse gewissermaßen zum Beweis vorzeigen zu müssen. Kein Abitur oder kein Studium vorweisen zu können, wird zu einem unausgesprochenen Vorwurf, der sprachlos macht bis heute.

Demgegenüber befinden sich heute manche, denen Studienlaufbahnen trotz Konfessionszugehörigkeit gelangen, in der Tat in Bildungseliten, stehen aber unter dem Verdacht, keine »Opfer« des Systems gewesen zu sein und auch nicht für solche sprechen zu können.

Dazu kommt, dass sich viele einst Abgelehnte mit ihren geänderten Lebenswegen abgefunden haben, sie in christlicher Glaubenshaltung unter Gottes Schutz und Führung verstehen und gerade nicht revidieren wollen. Aber die Verletzungen sitzen tief und haben zu unverheilten Wunden geführt, die diese Gesellschaft mitprägen, auch die Mehrheitsgesellschaft, die die minoritäre Zurücksetzung von Christen geduldet hat und heute aus einem Scham-Verdrängungs-Reflex lieber schweigt oder bagatellisiert.

Es ginge heute darum, einen Diskurs darüber in Gang zu setzen und es ginge dabei auch darum, dass die Mehrheitsgesellschaft in der DDR sich mit der Ausgrenzung konfessioneller Schülerinnen und Schüler abgefunden, selbst aber die vom SED-Staat geforderten Zugeständnisse und Mitgliedschaften erbracht hat. Das zu diskutieren ist nicht populär. Die Nicht-FDJler, Nicht-Jugendgeweihten oder Bausoldaten, dann die Konfirmierten, Firmierten und Christenlehrekinder, JG-KSG- und ESG-Mitglieder und später sogar: die nur 18 Monate Gedienten jedenfalls unter den Abiturienten waren eine Minderheit; und perfiderweise wurden auch nicht alle von ihnen benachteiligt; es war ein nur scheinbar unsystematisches System der Willkür. Das System der Verfolgung bestand in seiner Unberechenbar-

keit und scheinbaren Inkonsequenz, mit der die einen belangt wurden und die anderen unbehelligt blieben. Nicht jeder Fall wurde verfolgt, aber es bestand die permanente Drohung. Es sind immer Einzelne, die aktiv waren, geworden sind, zu »Fällen« gemacht wurden, auch zu Opfern, unabhängig von dem Grad ihrer Aktivität. Diktaturen stellen »Fälle« und Minderheiten vor allem auch deshalb her, um die Mehrheit zu bändigen und der Mehrheit zu zeigen, was geschehen kann. Manchmal werden die Auffälligen, manchmal die Unauffälligen gegriffen. Verfolgt wird, um das Zentrum zu disziplinieren. Ohne die tatsächliche Verfolgung und die drohende Situation von Verfolgung lässt sich die Mehrheitsgesellschaft nicht verstehen. Macht stellt Grenzen her, um stabil zu erscheinen.

Wenn diese Fragen angegangen werden, geht es nicht nur um Strafverfahren, sondern um Wunden in dieser Gesellschaft, die sich mit heutigen politischen Debatten vermischen: Nichtanerkennung, Herabsetzung, Entwürdigung vor und nach 1989. Über den Gesamtzeitraum der DDR betrifft das heute Lebende und deren Familien, mit langen Wirkungsgeschichten über unsere Zeit hinaus. Und es geht um das Eingeständnis, dass die DDR ein geplantes großflächiges Gesellschaftsexperiment der Elitenumschichtung gewesen ist: vor 1961 durch Disziplinierung und Vertreibung des Bürgertums, nach 1961 und vor allem nach der 3. Hochschulreform durch Zulassungspolitik und die strenge Quotierung der Zulassung von Kindern, die nicht von Arbeitern und Bauern abstammten oder eben aus kirchlichen Häusern kamen. Wer darüber redet, redet eben auch über die heutigen Eliten im Osten, die wiederum zum Teil ausgetauscht worden sind und durch altbundesdeutsche Eliten ersetzt worden sind. Solche kritischen Rückschau, die recht eigentlich die Gegenwart betreffen, sind womöglich nicht populär und kein Thema für Populisten. Aber für die kritische und – das wäre wünschenswert – kirchliche Diskussion.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Michael Haspel: »Stasi-Aufarbeitung in der Thüringer Landeskirche«. Einleitung. In: epd-Dokumentation 16 (2007), 4-10, hier: 4.

<sup>2</sup> Michael Beileites: Heimliche Machthaber oder missbrauchte Abhängige? Zur Rolle der inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter vor und nach der Wende. In: Evangelische Theologie 70 (2010), 106-115, hier: 115.

<sup>3</sup> Zahlreiche Texte zur aktuellen Debatte unter:

<https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/> (Stand: 08.10.2019).

<sup>4</sup> Detlef Pollack: Es war ein Aufstand der Normalbürger, in: FAZ, 12.07.2019, Nr. 159, S. 9. Pressemeldungen zu dieser Auseinandersetzung unter: <https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/> (Stand: 21.8.2019). Zur Kritik an Pollacks Ansatz vgl. insbesondere die Stellungnahmen von Ilko-Sascha Kowalczyk auf der Webseite der Havemann-Gesellschaft wie Anm. 3.

<sup>5</sup> Karsten Krampitz: Kein Politischer Akt. In: Der Freitag, 3.5.2019, <https://www.freitag.de/autoren/karsten-krampitz/kein-politischer-akt> (Stand: 13.8.2019); Karsten Krampitz: Der Fall Brüsewitz. Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR infolge der Selbstverbrennung des Pfarrers am 18. August 1976 unter besonderer Berücksichtigung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Berlin 2016.

<sup>6</sup> Gerhard Besier: Die Einsicht in Schuld und die Freiheit, neu anzufangen. Fünf Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. In: Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, hg. von Heiner Timmermann. Berlin 1996, 373-386, hier: 386.

<sup>7</sup> Götz Planer-Friedrich: Selbstgerecht ist nicht gerecht. Eine neue Ostkolonisierung. In: Evangelische Kommentare 24 (1991), 272-275.

<sup>8</sup> Vgl. Falco Werkentin: Das Ausmaß politischer Strafjustiz in der DDR. In: Ullrich Baumann, Helmut Kury (Hg.): Politisch motivierte Verfolgung. Opfer von SED-Unrecht. Freiburg i.Br. 1998, 49-74, hier: 73f.; Jens Gieseke: Deutsche Demokratische Republik. In: Lukasz Kaminski/Krzysztof Persak/Jens Gieseke (Hrsg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991. Analysen und Dokumente. Göttingen 2009, 248.

<sup>9</sup> Die ZEIT (41/2019) verbreitet ausgerechnet zum Jahrestag des 3. und 9. Oktober auf dem Titelblatt diese Ansicht: »Die staatliche Willkür in der DDR war auch nicht schlimmer als heute«.

<sup>10</sup> Vgl. Erhard Eppler: Rotkäppchen und die PDS. Spiegel vom 2.1.1995, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/id-9158310.html> (Stand: 14.8.2019); vgl. Richard Schröder: Am Schnittpunkt von Macht und Ohnmacht. In: Die Zeit 42 vom 9.10.1992, 12f., <https://www.zeit.de/1992/42/am-schnittpunkt-von-macht-und-ohnmacht-komplettansicht> (Stand: 14.8.2019). Epplers Vorstoß und Schröders Vorschlag eines Amnestiegesetzes ist dankbar aufgenommen worden im ehemaligen SED-Zentralorgan Neuen Deutschland von Helfried Liebsch am 3.1.1995: Hitlers Leichenberge und Mielkes Akten. Unterlagen als Arbeitsbeschaffungsprogramm. Grotteske Botschaften aus Gauck-Behörde: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/525660.hitlers-leichenberge-und-mielkes-akten.html> (Stand: 14.8.2019).

<sup>11</sup> Vgl. SPIEGEL vom 12.04.2019, <https://www.spiegel.de/plus/theo-waigel-ich-bedaure-dass-wir-die-sed-nicht-verbieten-haben-a-00000000-00020001-0000-000163403850> (Stand: 8.10.2019).

<sup>12</sup> Christiane Heinze und Detlef Pollack: Zur Funktion der politisch alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR. In: Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, hg. von Wolf Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack. 2. Aufl. Berlin 1994 [1. Aufl. 1990], 82-90, hier: 85; ders.: Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive. In: Ebd., 12-23, hier: 21, 17.

<sup>13</sup> Vgl. Pollack, Ursachen (wie Anm. 12), 17; sowie dazu: Ehrhart Neubert: Ethische und rechtliche Aspekte von Widerstand und Opposition in der DDR. In: Gott mehr gehorchen als den Menschen. Christliche Wurzeln, Zeitgeschichte und Gegenwart des Widerstands, hg. von Martin Leiner. Göttingen 2005, 243-278.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Ernesto Laclau: Macht und Repräsentation. In: ders.: Emanzipation und Differenz. Wien 2010, 125-149, 218-223.

<sup>15</sup> Vgl. zu Besiers Veröffentlichungen und der hier geschilderten Reaktionen Friedemann Stengel: Kirchen-DDR-Geschichte zwischen Gedächtnispolitik und Erinnern. In: Abgeschlossen? Stand und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte der Kirche in der DDR. Tagung an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg, 12.-13.6.2015. epd-Dokumentation 2015, Heft 40, 4-15, hier: 58.

<sup>16</sup> Vgl. »Pfarrer, Christen, Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, hg. von Gerhard Besier und Stephan Wolf. 1. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1991 [2. Aufl. 1992], 39.

<sup>17</sup> »Aber nur in den seltensten Fällen erreichte das sachliche wie persönliche Einverständnis eine Dimension, die es rechtfertigte, von einer vollständigen Vereinnahmung der Kirchenleitungen durch den SED-Staat zu sprechen«. Ebd.

<sup>18</sup> Ludwig Große: Einspruch! Das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit im Spiegel gegensätzlicher Überlieferungen. 1. Aufl. [2. Aufl. 2010]. Leipzig 2009.

<sup>19</sup> Vgl. Harald Schultze: Stasi-Belastungen in den Kirchen? Die Debatten in den Evangelischen Kirchen zu Befunden und Unterstellungen (1990-1996). In: Kirchliches Jahrbuch 123 (1996). Gütersloh 2000, 285-407, hier: 403; Haspel, Stasi-Aufarbeitung (wie Anm. 1), 9.

<sup>20</sup> Treffen der Staatsspitze der DDR mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR unter Leitung seines Vorsitzenden Bischof Albrecht Schönherr.

<sup>21</sup> Vgl. Michael Beintker: Die Schuldfrage im Erfahrungsfeld des gesellschaftlichen Umbruchs im östlichen Deutschland. Annäherungen. In: KZG 1991 (2), 445-461, hier: 459.

<sup>22</sup> Vgl. Beileites, Machthaber (wie Anm. 2), 113f.

<sup>23</sup> Vgl. Auszug aus dem Bericht des Landesbischofs auf der 11. Tagung der VIII. Synode der ELKTh, 16.-19.11.1995, in: Ludwig Große, Harald Schultze und Friedrich Winter (Hg.): Überprüfungen auf Stasikontakte in den östlichen Gliedkirchen der EKD. Leipzig 1997 (Zeichen der Zeit, 1997, Beiheft 1), 50-52, hier: 52.

<sup>24</sup> Vgl. Ehrhart Neubert: Vergebung oder Weißwäscherei? Zur Aufarbeitung des Stasi-Problems in den Kirchen. Freiburg i.Br. 1993, 178.

<sup>25</sup> Vgl. eine etwas andere Darstellung bei Ehrhart Neubert: Schuld und Buße angesichts der DDR. In: Berliner Theologische Zeitschrift 34 (2017), 95-123, hier: 114; Offener Brief Wolfgang Hochstrates »49 bittere Anmerkungen zum Thema »Stasi und Kirche« vom 28.11.1993, beim Vf.

<sup>26</sup> Vgl. Alexander Kobylinski: Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitze. Halle (Saale), 173f. 189.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Anm. 19 und Große/Schultze/Winter (wie Anm. 23).

<sup>28</sup> Vgl. zu 3.2. Stengel, Kirchen-DDR-Geschichte (wie Anm. 15), 8.

<sup>29</sup> Vgl. Walter Schilling: Die »Bearbeitung« der Landeskirche Thüringen durch das MfS. In: Clemens Vollnhans: Die Kirchenpolitik von MfS und Staatssicherheit. Berlin 1996.

<sup>30</sup> Katharina Lenski, Angelika Schön, Thomas K. Grund, Uwe K. Kulisch, Uwe Petzold, Harry K. Zöller und Walter Schilling (Hg.): Die »Andere« Geschichte. So bestehet nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat ... Erfurt 1993; Tina Krone und Reinhard Schult (Hg.): »Seid Untertan der Obrigkeit«. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4. Berlin 1992.

<sup>31</sup> Lenski et al. (wie Anm. 29), 4, 11.

<sup>32</sup> Vgl. die nach wie vor brillante Analyse des halleischen Psychotherapeuten und Psychiaters Hans-Joachim Maaz: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990.

<sup>33</sup> Vgl. Johannes Hempel: »Stellungnahme zu uns selbst«. Wider die einfachen Antworten. In: ZdZ 47 (1993), 43-48, hier: 43.

<sup>34</sup> Vgl. zu 3.3. Stengel, Kirchen-DDR-Geschichte (wie Anm. 15), 9f.

<sup>35</sup> Vgl. Heinz Pollack (wie Anm. 12); 88; Detlef Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart; Berlin; Köln 1994, 450. Diese These wird von Pollack in der

derzeit laufenden Debatte um die Revolution insbesondere gegenüber I.S. Kowalczuk wieder massiv vertreten, vgl. dazu Christian Eger: Der Lauf der Dinge. Podium in Leipzig: Wer löste die Revolution aus? Nicht die Bürgerrechtler, meint der Soziologe Detlef Pollack. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk hält dagegen. In: Mitteldeutsche Zeitung, 2./3.10.2019, 21.

<sup>36</sup> Pollack, Organisationsgesellschaft (wie Anm. 34), 447.

<sup>37</sup> Vgl. Anm. 12.

<sup>38</sup> Neben der »Wagenburgmentalität« und einer »pragmatische[n] Kirchenpolitik«; Neubert, Weißwäscherei (wie Anm. 24), 150f. Zu 3.4. vgl. Stengel, Kirchen-DDR-Geschichte (wie Anm. 15), 10-12.

<sup>39</sup> Neubert, Aspekte (wie Anm. 13), 250, 263f.

<sup>40</sup> Vgl. Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig 1998, 522-534, 661-669.

<sup>41</sup> Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 1. Aufl. Bonn 1997 [2. Aufl. 1998], 27.

<sup>42</sup> Vgl. Versöhnung und Aufarbeitung. Erstes Forum zum Bußwort des Landeskirchenrats der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum Buß und Bettag 2017. Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 26. Mai 2018. epd-Dokumentation 2018, Heft 35; ÜberWunden. Zweites Forum zum Bußwort des Landeskirchenrats der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom Bußtag 2017. Augustinerkloster Erfurt, 25. Mai 2019. epd-Dokumentation 2019, Heft 44.

<sup>43</sup> Eine klare Bewertung der CDU als Einfallstor des Staates in die Kirche bei Große, Einspruch (wie Anm. 18), 603, 621f. u.ö. Der mecklenburgische Bischof Niklot Beste erinnerte sich in einer Besprechung mit VELKD-Vertretern, bei einem zurückliegenden Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen sei das Schlimmste dasjenige gewesen, was die anwesenden CDU-Vertreter gesagt hätten, vgl. Gerhard Besier: Aus der Resistenz in die Kooperation. Der »Thüringer Weg« zur »Kirche im Sozialismus«. In: Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat. Fünfzehn Beiträge, hg. von Günther Heydemann und Lothar Keffenacker. Göttingen 1993, 182-212, hier: 193.

<sup>44</sup> Vgl. Redebeitrag Lothar Biskys in: Debatte zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtages »Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organisationen des Staatsapparates der DDR, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe«. Wortprotokoll der Plenarsitzung vom 16. Juni 1994, hg. vom Landtag Brandenburg. 1994, 34-43, hier: 37f.

<sup>45</sup> Vgl. zum Thema Friedemann Stengel: *Aufgearbeitete Vergangenheit?* In: Michael Domszen und Dirk Evers (Hg.): *Herausforderung Konfessionslosigkeit. Theologie im säkularen Kontext.* Leipzig 2014, 111-149, hier: 127-132; Daniel Cyranka: *Von der ‚protestantischen Revolution? in den ‚religionslosen Osten? : Überlegungen zur Macht der Repräsentationen.* In: ders. und Henning Wrogemann (Hg.): *Religion – Macht – Raum. Religiöse Machtansprüche und ihre medialen Repräsentationen.* Leipzig 2018, 141-154.

<sup>46</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Tagungsbeitrag und seine Folgen,* in: Benjamin

Schröder und Jochen Staadt (Hg.): *Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR.* Frankfurt/Main u.a. 2011, 365-408, Postskriptum Herbst 2010, 374-408, hier: 402f.

<sup>47</sup> Vgl. Anm. 9.

<sup>48</sup> Vgl. *Notizen und Beurteilungen des IM »Harry« zu Titus Nagel vom 21.9.84 und undatiert,* BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 480/79, Bl. 41f., 233.

